

## 1989/1990 - Nie wieder Deutschland

Die Medienberichterstattung zum 20. Jahrestag des so genannten Mauerfalls bastelt an nationaler Identität. Dass ein Teil der DDR-Bürgerrechtsbewegung seinerzeit damit genauso wenig am Hut hatte wie die radikale Linke in der alten BRD, verschwindet hinter dem schwarz-rot-goldenen Flaggenmeer. Dabei waren die Ziele vieler organisierter DDR-Gruppen zwar vielleicht naiv, aber sie beschworen einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. Und die Linke im Westen war zwar ohnmächtig, aber hinsichtlich der Folgen der Kohlschen Anschlusspolitik prognostisch auf der Höhe.

Die DDR und die Lebens- und Arbeitsbedingungen in diesem anderen Deutschland waren für die radikale Linke in Westdeutschland in den 1980er Jahren kaum von Interesse. Die DDR – das war das Terrain der Deutschen Kommunistischen Partei und die war, vielleicht gerade wegen ihrer bedingungslosen Solidarität, kaum mehr als ein gelegentlicher Bündnispartner in Friedenspolitik und Antifaschismus. Innenpolitisch setzte man sich mit den Aktivitäten der revanchistischen Vertriebenenverbände auseinander, aber schon die Dialogkontakte zwischen SPD und SED in den Mit-Achtzigern interessierten kaum.

Die Flüchtlingswelle aus der DDR im Herbst 1989 kam deshalb für die Westlinke überraschend. Sie reagierte irritiert ob der Bedürfniswelt der Rübermacher, von vornherein aber auch mit einem anti-nationalistischen Reflex.

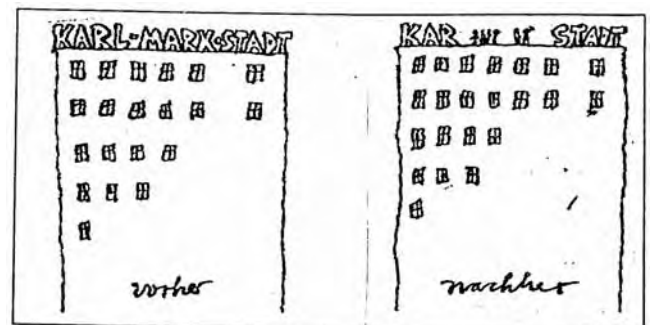
\*\*\*

In Celle fand sich der erste öffentliche Kommentar zur neuen Situation in der Publikation „schlaglichter“, die als „Antifaschistische Informationen Celle“ von 1988 bis 1993 zumeist monatlich, acht Seiten stark und kostenlos herauskam. In der Ausgabe 7/89 vom 24. Oktober 1989 analysiert „syo“ unter dem Titel „Über Goldrausch und Anschluss“ sowohl die trügerischen Vorstellungen der Flüchtlinge vom Westen wie auch die Reflexe der Herrschenden im Westen. Während ihm der Traum von Konsumentenfreiheit noch nachvollziehbar, wenn auch realitätsfern scheint, kontrastiert er das „Gedusel von der Freiheit“ mit der „Freiheit des Lohnarbeiters“: „Und wie das mit der Redefreiheit der Arbeiter/innen in den Betrieben ist, werden sie auch schnell erfahren, wenn der Ost-Bonus entfallen ist und sie den Mund aufmachen gegen Kapitalinteressen“. Die westdeutsche Politik würde unter begeisterter Begleitung der Medien an der Destabilisierung der DDR arbeiten: „Daß die BRD-Botschaften internationales Recht brachen, ist aus den bürgerlichen Medien nicht zu erfahren gewesen.“ Der Artikel endet mit einer weitsichtigen Einschätzung: „Die politi-

sche Situation in der DDR hat sich durch die Herausbildung von Oppositionsgruppen, die den Schoß der Kirche verlassen haben, geändert. An der Debatte um deren programmatischen Inhalt wird die SED nicht vorbeikommen. Umgekehrt werden die Oppositionsgruppen sich scharf gegen jeden Revanche-Gedanken seitens der BRD wenden müssen, ansonsten werden sie schnell zu nützlichem Werkzeug für westdeutsche Kapitalinteressen. Und wer sich hier als Linker nicht gegen das Wiedervereinigungs-Gedröhne wendet, sollte vom Rest lieber schweigen.“

Die nächste Ausgabe der „schlaglichter“ erschien erst am 8. Dezember 1989. Die DDR hatte zwischenzeitlich am 9.11. die Reisefreiheit eingeführt, woraufhin in einem deutschen Parlament – nämlich dem Bundestag – zum dritten Mal nach 1914 und 1933 spontan die Nationalhymne gesungen wurde. So gesehen ist es vielleicht wenig erstaunlich, dass in den „schlaglichtern“ von „Ostkolonisation“ die Rede war: „das westdeutsche Kapital ist siegestrunken, die DDR zu kassieren, pardon zu konföderieren, und den gesamten RGW-Staaten den privatkapitalistischen Segen zuteil werden zu lassen.“

Stadt und Landkreis Celle ließen sich die Werbung hierfür sogar etwas kosten. Am ersten Dezemberwochenende lockte eine Besonderheit 18.000 Besucher\_innen aus der DDR nach Celle, denn: Hier gab es das obligatorische Besuchergeld in Höhe von 40 DM ein zweites Mal. Eine „einmalige Leistung“ im norddeutschen Raum, frohlockte die Cellesche Zeitung und lobte die im „Eilbeschluss“ durch OKD Rathert und Landrat Bühmann hergestellte Freigiebigkeit.



Ein gewichtiger Akteur gegen die schnell von der Kohl-Regierung ausgehenden Annexionspolitik war vor Ort seinerzeit die grüne Partei. Seit Mitte der 1980er Jahre war der Kreisverband von der Strömung der Öko-Sozialist\_innen dominiert, die auch in der Gesamtpartei eine fragile Mehrheit hatten. Die Parteilinie hatte in der Forderung nach der Anerkennung der DDR bestanden. Daraus ergab sich fast folgerichtig, auch in der Umbruchphase ein Festhalten an der Zweistaatlichkeit.

Deutlich positionierte sich der Kreisvorstand in einer Pressemitteilung vom Ende November 1989; die CZ titelte: „*Celler Grüne warnen vor Wiedervereinigungsgerede und Deuschtümelei / Nationale Trommel in die Rumpelkammer*“. (CZ, 28.11.1989) Die Partei sah in der Dynamik der gesellschaftlichen Bewegung „*eine Chance für den demokratischen und ökologischen Wandel des Sozialismus in der DDR*“. Das bundesdeutsche Gesellschaftssystem, das neben allem Wohlstand auch Umweltzerstörung und Arbeitslosigkeit erzeuge, könne kaum Vorbild für eine „*Gesellschaft im Aufbruch*“ sein.

Die Kritik an Wiedervereinigungsforderungen war durch die Grünen Bestandteil des gesellschaftlichen Diskurses. Aber sie wurde selbstverständlich auch diffamiert. Einen Anlass fand die Cellesche Zeitung (CZ) zum Jahresende. Julius Krizsan, von 1983 bis 1985 für die Celler Grünen im Bundestag und seitdem Kreistagsabgeordneter, hatte am 6. November einen Leserbrief an einige DDR-Zeitungen geschickt. Darin warnte er davor, „*sich durch falsche Informationen und durch Illusionen verleiten zu lassen, in die BRD auszureisen, anstatt für die Verbesserung in der DDR zu arbeiten.*“ „*Das bunte Bild im Fernsehen sieht nicht die Realität dieses Landes. Wohnungsnot und Obdachlosigkeit, Armut, Preis- und Lohnrückerei, Arbeitslosigkeit, Ausländerhaß kommen da nicht vor.*“ Er forderte dazu auf, „*für einen demokratischen Sozialismus [zu kämpfen], für Meinungsfreiheit und -vielfalt, für die Zukunft der Kinder in der DDR*“. Der Leserbrief wurde am 17. November in der Hallenser Zeitung „*Freiheit*“ mit der nicht von Krizsan stammenden Überschrift „*Wohlgemeinter Rat: Bleibt zu Hause!*“ veröffentlicht.

Am 28. Dezember berichtete dann die CZ über Krizsans Leserbriefveröffentlichung in einer „*SED*“-Zeitung und kommentierte dies als „*unmöglichen Vorgang*“ – ohne allerdings bei ihm nach Hintergründen und Reaktionen zu fragen. Der Landesvorsitzende der Niedersächsischen CDU, Wilfried Hasselmann, reagierte mit einem Leserbrief, in dem er, ohne auf ein einziges Argument Krizsans einzugehen, die Berufsverbotskeule schwang: „*Nun kommt es nicht auf die Ratschläge des Herrn Krizsan an. Sie sind sicher auch nicht erbeten. Schade nur, daß er Beamter und Lehrer ist. Das läßt Bedenken unserer Kinder wegen aufkommen.*“ (CZ, 02.01.1990) Der Vorsitzende des ÖTV-Beamtenausschusses und eine in der GEW engagierte Lehrerin wiesen die Attacke Hasselmanns zurück als „*Maulkorb*“-Kampagne. Auch Fritz Riege (SPD) übte Solidarität und verwehrte sich gegen „*die Androhung von Berufsverboten*“.

Die Celler GRÜNEN blieben in den ersten Monaten des Jahres 1990 bei ihrer Kritik an der Wiedervereinigung. Am 31. Januar bot der „*Celler Mittwochs Kurier*“ den lokalen Kandidaten für die im Mai anstehende Landtagswahl, Susanne de Klark und Reinhard Rohde, breiten Raum. „*In der Deutschlandpolitik seien die Grünen zu einer Position der Zweistaatlichkeit gekommen, was eine Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft bedeutete. Nur auf dieser Basis sei eine Kooperation in ökologischer*

*und ökonomischer Hinsicht sinnvoll. Alles andere laufe auf Anschluß und eine Übertragung westdeutscher Wirtschafts- und Konsumweisen hinaus, die in der DDR die Probleme nur wenig lösen helfen.*“ In derselben Ausgabe widersprach der damalige CDU-Bundestagsabgeordnete Hedrich in einem Gastkommentar mit der Überschrift „*Nur der Zusammenschluß beider Deutschlands ist der richtige Schritt*“: „*Ein rascher wirtschaftlicher Aufstieg in Mitteldeutschland [er meinte die DDR] wird einen gewaltigen Konjunkturschub in ganz Deutschland auslösen. Fachleute sprechen heute schon von einem zweiten Wirtschaftswunder. [...] Die Spalterflagge mit Hammer und Sichel wird uns dann nur als schlechter Traum in Erinnerung bleiben*“.

Das genaue Gegenteil prognostizierte am 8. April 1990 der Landtagskandidat der Grünen, Reinhard Rohde, in einem Leserbrief an den „*Celler Kurier*“:

„*Nun kann, nun soll es also kommen, das eilige Vaterland in Form einer Währungs- und Wirtschaftsunion. Wer es angesichts der Verheißungen über ein ‚Wirtschaftswunder‘ und schnellen Wohlstand in der DDR wagt, nach den Kosten dieses Anschlußunternehmens zu fragen, wird abgebügelt. Wo es ums Nationale geht, ist das Gezänk über Milliarden und Billionen auf einmal kleinkrämerisch. Daß der rasche Anschluß der DDR an die BRD mit katastrophalen Verwerfungen verbunden ist und die anzuschließende DDR der ‚mezzogiorno‘ des eilig zusammengezimmerten Vaterlandes sein wird, gibt die Bundesregierung nur indirekt zu, indem sie bereits vorsorglich die Notaufnahmelager und alle Eingliederungshilfen ersatzlos streicht. [...] Am ‚Tag X‘ [der Währungsunion] werden westdeutsche Kameras zwar glückliche DDR-Bürger mit umherwandelnden DM-Scheinen einfangen. Gleichzeitig aber werden die 200 Kombinate, 3.000 VEBs und rund 80.000 Handwerks- und Kleinbetriebe schockartig dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt und alle sie schützenden alten Rahmenbedingungen entfallen. Um die Wirkung an einem Beispiel der BRD zu illustrieren: Würden hierzulande auf einen Schlag die Subventionen für Kohle, Stahl oder Landwirtschaft gestrichen, würden sofort Millionen Menschen ihre Existenzgrundlage verlieren. Und genau das erwartet auch die DDR: Arbeitslosigkeit in Millionenhöhe. [...] Der groß angekündigte Investitions-Boom ist bislang leere Versprechung und wird es wohl bleiben, denn investiert wird nur, wenn die DDR-Ökonomie halbwegs intakt ist. Genau das aber verhindert die Währungsunion. Sie setzt auf die fast vollständige Zerstörung des gesellschaftlichen Systems nicht mit ungewissem Ausgang. Die DDR-Ökonomie wird systematisch und sehr rasch in den Bankrott getrieben und auf längere Zeit von der BRD subventioniert werden.*“

Im Landtagswahlkampf machten die Grünen einige Veranstaltungen mit Leuten aus der Bürgerrechtsbewegung, so z.B. mit Jutta Hartmann aus Magdeburg. Die Cellesche Zeitung berichtete: „*Die Vertreterin der Grünen Liga bedauerte, wie schnell aus der Losung >Wir sind das Volk< die Wiedervereinigungsparole >Wir sind ein Volk< geworden sei. Die Hysterie gegen die alte Macht ma-*

che blind für das Erhaltenswerte, wobei Jutta Hartmann das >Recht auf Arbeit< und die Schaffung von Voraussetzungen zur Gleichberechtigung der Frauen wie gesicherte Kindergartenplätze erwähnte. Die Bevölkerung sei >in den letzten Wochen gefährlich nach rechts gedriftet<, das Patriarchat sei auf dem Vormarsch und >Deutschtümerei< und Ausländerfeindlichkeit nähmen unangenehme Formen an.“ (CZ, 02.03.1990)

Die niedersächsischen Grünen konnten nach der Landtagswahl zwar mit Schröder eine rot-grüne Landesregierung bilden. Sie hatten den Einzug in den Landtag aber mit 5,5, % nur knapp geschafft – für die mäßigen 4 % in Celle mag die konsequente Kritik der Wiedervereinigungspolitik ihren Beitrag geleistet haben.

\*\*\*

Neben den Grünen entwickelte sich in Celle ein Zusammenschluss, der vom Mai bis zum November als „Gesellschaft der vaterlandslosen GesellInnen und Gesellen“ agierte. Diese Gruppe rechnete sich dem bundesweiten Bündnis Radikale Linke (RL) zu, das unter dem Motto „Nie wieder Deutschland“ 1990 mit zwei Großdemonstrationen und Kongressen gegen die Wiedervereinigung arbeitete.



Zur gewissermaßen konstituierende Veranstaltung war am 18. April Thomas Ebermann, der gerade gemeinsam mit anderen bekannteren Grünen die Partei verlassen hatte, weil auf dem Bundesparteitag Ende April die Position der Zweistaatlichkeit aufgegeben worden war. Sein Thema: "Die Linke in der Bundesrepublik - aus dem Abseits in die Offensive?" Die Grünen, so seine Kri-

tik, hätten sich programmatisch an die Erfordernisse der kapitalistischen Wirtschaft angepasst und sich den Ordnungskriterien einer "normalen deutschen Wahlpartei" unterworfen. Linke Politik müsse sich jetzt aus einer krassen gesellschaftlichen Minderheitenposition entfalten. Er stellte in das Projekt der „Radikalen Linken“ vor. Zwei Wochen später kam ein anderer Vertreter dieses Bündnisses nach Celle. Der Journalist Oliver Tolmein referierte am 2. Mai zum Thema: "Kommt das Vierte Reich? Hintergründe und Folgen der Wiedervereinigung."

Die Veranstaltungen wurden in einer 8-seitigen Flugschrift angekündigt, mit der auch zur Frankfurter Demonstration der Radikalen Linken am 12. Mai geworben wurde. Ihr Selbstverständnis legten die „Vaterlandslosen“ so dar:

*„Gegründet von Menschen unterschiedlicher politischer Herkunft und Ansichten, denen die Abneigung gegen Platz greifende deutschnationale Besoffenheit und Volkstümerei gemeinsam ist, stellt die "Gesellschaft" einen Versuch dar, intellektuellen und politischen Widerstand gegenüber "Deutschland" zu sammeln und wirksam zu machen. [...]"*

*Unser Programm: Radikale Verweigerung!*

*Wir sind nicht bereit, zu den derzeitigen Siegern der Geschichte überzulaufen und an der "Einheit der deutschen Nation" mitzuzimmern. Wir verweigern uns allen Versuchen, dem über den "Realsozialismus" triumphierenden Kapitalismus zu demokratischer Legitimation zu verhelfen. Wir sind nicht bereit, einem politischen und ökonomischen System Absolution zu erteilen, dessen innerer Herrschaftszusammenhang auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und der Frau durch den Mann beruht und das die ökologischen Lebensgrundlagen der gesamten Menschheit zu vernichten droht.*

*Wir sind solidarisch mit den Menschen und Völkern der sogenannten "3. Welt", auf deren Unterdrückung und Ausbeutung der materielle Wohlstand eben jenes Kapitalismus zum nicht geringen Teil beruht, der heute seine aggressive Expansionspolitik gen Osten unter dem Mäntelchen politischer Nächstenliebe zu verkaufen trachtet.*

*Wir sind solidarisch mit den oppositionellen Gruppen und Menschen in der DDR, die an der ursprünglichen Intention der "Revolution" - Verwirklichung einer radikalen Verfassungs- und Gesellschaftsreform im Geiste des freiheitlichen und demokratischen Sozialismus - festhalten.“*

Inhaltlich findet sich weiter in dieser Flugschrift eine Auseinandersetzung der mit der Währungsunion einhergehenden „schöpferischen Zerstörung“ (FAZ). Als Kehrseite des Wohlstands- und Wachstumsmodell der kapitalistischen Gesellschaften wird das Sterben im Trikot und die weltweite Umweltzerstörung benannt. Der GG Artikel 23, nach dem sich der Anschluss vollziehen sollte, wird in seinen rechtlichen und politischen Konsequenzen analysiert. Und es wird der Aufruf „Nie wieder Deutschland. Demonstration gegen den deutschen Nationalismus, gegen die Kolonisierung Osteuropas und gegen die Annexion der DDR“ dokumentiert.

Die Frankfurter Demonstration war mit rund 20.000 Teilnehmer\_innen zwar kein Misserfolg, aber: Es war längst nichts mehr aufzuhalten. Die nach dem Wahlerfolg der rechten „Allianz für Deutschland“ bei den Volkskammerwahlen einsetzenden gemeinsamen Verhandlungen der neuen DDR-Führung und der Kohl-Regierung führten zunächst zur Unterzeichnung eines Staatsvertrags über eine gemeinsame Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 18. Mai 1990. Die darin zum 1. Juli beschlossene Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion besiegelte das Ende der DDR.

\*\*\*

In Celle hatten die „Vaterlandslosen“ noch einen spektakulären Abgang. Mit großem Aufwand veranstaltete die Stadt am 3. Oktober 1990 ein Vereinigungsfest. 10.000 Menschen strömten auf die Stechbahn, um sich – wie die CZ befand – „ohne nationales Pathos“ über den gelungenen Anschluss der DDR zu freuen. Nur einige tanzten aus der Reihe: „So friedlich wie die Revolution in der DDR verlief der Abend in Celle. Lediglich während des Bengalischen Feuerwerks vor dem Schloß kam es zu massiven Störungen durch, wie es im Polizeibericht heißt, 'nicht besserungsfähige Punker aus dem Celler Milieu.' Die Nationalhymne, vorgetragen von den Thüringer Blasmusikanten und Chören aus Quedlinburg und Celle, ging im Getöse aus Pfiffen und Beifall unter.“ (CZ, 04.10.1990)

Von Beginn der „deutschen Einheit“ an speist sich die Sprache von Celler Polizeiberichten scheinbar aus Tagen eines noch größeren Deutschland. Und die „nicht besserungsfähigen Punker“ bildeten in dem rund 40-köpfigen Block der Störer\_innen nicht einmal die Mehrheit. Aber in der Tat war das Ende der Festveranstaltung nur für die Gegner\_innen ein Fest. Es war tatsächlich gelungen, in einer doch recht großen Gruppe direkt in die Nähe der Kapelle zu gelangen und die Nationalhymne im Lärm von Trillerpfeifen und Silvesterknallern untergehen zu lassen.

Noch zwei Monate später las man in der CZ: „Biermann [...] blickte dann 'im Zorn' zurück. Einen festlich-würdigen Ausklang habe man sich für die Feier gewünscht, mit Nationalhymne und Bundesflagge auf dem Schloß. Doch dies sei zunichte gemacht worden durch eine 'Horde bekannter Personen', die sich nicht geschämt hätten, diese festliche 'Stunde durch Pfeifkonzert und Feuerwerkskrachen zu stören. Das Hissen der deutschen Fahne auf dem Schloß sei verhindert worden, weil Unbekannte - vermutlich aber doch der gleichen Gruppe zugehörig - das Seil am Mast zerschnitten hatten.“ (CZ, 29.11.1990)

Die „Vaterlandslosen“ riefen dann noch zur bundesweiten Demonstration am 3. November in Berlin auf, die unter dem Motto „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“ – einem Zitat aus der Todesfuge von Paul Celan – noch etwa 8.000 Teilnehmer\_innen hatte.

\*\*\*

Die meisten der Warnungen sowohl aus der grünen Partei vor einer überstürzten Wiedervereinigung wie

auch aus der Radikalen Linken vor den langfristigen Wirkungen erwiesen sich als gerechtfertigt. Die Bevölkerungsmehrheiten und Ost und West waren für diese Kritik aber nicht zu gewinnen. Einen deutlichen Niederschlag fand dies bei der Bundestagswahl am 2.12.1990 im Scheitern der Grünen an der 5 %-Hürde im Westen. Dieses parlamentarische Aus für eine Legislaturperiode führte innerparteilich zu einer realpolitischen Wende.



In Celle brachte die Deutsche Einheit deshalb die Spaltung eines in den 1980er Jahren durchaus gemeinsam handlungsfähigen Milieus aus Grünen, Alternativen, Autonomen und radikalen Linken. Die Bündnisgrünen sind seitdem weitgehend abgekoppelt von dem, was man „Szene“ nennen könnte – und die „Szene“ hatte bis zum Entstehen der LINKE vor Ort keinen parlamentarischen Partner mehr.

\*\*\*

Der Versuch der Westlinken, den bedingungslosen Anschluss/Beitritt der DDR-Länder zu verhindern, war übrigens spätestens zu dem Zeitpunkt anachronistisch, als die so genannte „friedliche Revolution“ gescheitert war. Denn in dem Moment, als in der DDR die Losung „Wir sind ein Volk“ den gesellschaftsverändernden Impuls von „Wir sind das Volk“ ablöste, war's vorbei. Dazu gibt es im neuen AntiFa-Infoblatt ein spannendes Interview mit Zeitzeug\_innen: [www.nadir.org/nadir/periodika/aib/](http://www.nadir.org/nadir/periodika/aib/)